

IfW-Snowe - Globaler Wirtschaftsaufschwung ist nicht nachhaltig 1

Wien (APA) - „Der Aufschwung der Weltwirtschaft seit März 2009 ist nicht einer, der auf einem stabilen Fundament ruht“, konstatierte Dennis Snowe, Präsident des renommierten Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW), am Mittwoch in Wien. Die vier treibenden Kräfte des Aufwärtstrends seien ein „riesiger Fiskalstimulus“, ein geldpolitischer Stimulus, die Erholung der Aktienmärkte sowie der Schwellenländer gewesen - und all diese Kräfte seien nicht nachhaltig. Ein zweites Mal würden die Instrumente, mit denen die aktuelle Krise bekämpft wird, nicht mehr greifen. Bei den Zentralbanken ortet Snowe einen Zielkonflikt, Ratingagenturen würde er am liebsten abschaffen und für Wasser einen Preis einführen.

Snowe vermisst bei den weltweit ergriffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen Weitsicht. So habe der fiskalpolitische Stimulus zur Explosion der Staatsschulden geführt. „Gewisse Länder kommen unter Druck, die Märkte werden nervös“, sagte Snowe bei der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN). Nach Griechenland und Co. könnte bald Japan an die Reihe kommen.

„Die Eurokrise ist eine wahre Krise. Wenn man nichts unternimmt, kann es nur schlimmer werden.“ Einen derartigen fiskalpolitischen Stimulus - mehr Staatsausgaben, weniger Steuereinnahmen - „können wir nicht wiederholen.“ Dies sei bei den Bürgern respektive Wählern aber noch nicht angekommen.

Auch puncto Geldpolitik - Niedrigstzinsen und massive Erhöhung der Geldmenge - „können wir nicht nochmal dasselbe machen.“ Aus Snowes Sicht haben die Zentralbanken „ein großes Problem“. Zwei Jahrzehnte hätten sie das Ziel verfolgt, die Inflation stabil zu halten („inflation targeting“). Mit dem Ausbruch der Krise „konnten sich die Zentralbanken dann den Finanzmärkten widmen“, wodurch die Wertbestände stabilisiert worden seien („asset price targeting“).

Das Problem dabei: „Am Anfang der Krise machten sich Ökonomen Hoffnungen, dass die zu hohen Preise auf den Aktienmärkten fallen und ein neues Gleichgewicht finden. Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen.“ Weil so stark gegengesteuert worden sei, seien die Kurse gleich wieder nach oben gegangen. In den USA habe es selbst am Tiefpunkt der Krise noch eine Überbewertung von 40 Prozent gegeben.

Zentralbanken, so Snowe, könnten nicht „inflation targeting“ und gleichzeitig „asset price targeting“ betreiben. Snowes Lösung für diesen Zielkonflikt: Die Zentralbanken sollten mehr Instrumente bekommen. Das „Hauptübel“, nämlich durch Anreize exzessive Risiken zu schaffen, „haben wir nicht angerührt“, kritisierte Snowe. „Dieses Übel ist nach der Finanzkrise sogar noch ärger geworden.“ Jetzt nämlich wüssten sogenannte systemrelevante Finanzinstitute, dass, wenn sie sich verspekulieren, der Steuerzahler geradesteht („too big to fail“). Die Gewinne hingegen könnten sie selbst einstreifen. Bis dato sei keine Lösung auf dieses Problem gefunden, das strengere Eigenkapitalregime für Banken, Basel III, sei keine adäquate Antwort.

Vielmehr müssten die Anreize für Finanzinstitute geändert werden. Snowe schlägt sogenannte Solvency-Convertible Bonds vor: Große Banken sollten nur noch Anleihen begeben dürfen, die eine Klausel beinhalten, wonach bei Solvenzproblemen die Schulden automatisch in Aktien (Eigenkapital) umgewandelt werden. Dies würde laut dem Ökonomen verhindern, dass

systemrelevante Institute allzu große Risiken eingehen und dadurch ins Wanken geraten. Während nämlich die Gläubiger einfach eine höhere Risikoprämie verlangen würden, würden sich die Aktionäre Sorgen machen und die Banken dazu anhalten, vorsichtiger zu agieren. Er, Snower, habe dieses Instrument bereits mehreren Regierungschefs, unter anderem der deutschen Kanzlerin Angela Merkel, vorgeschlagen - erfolglos. Nicht nur Interessensvertreter lobbyierten gegen derartige Vorschläge, sondern es hätten auch Politiker Angst, etwas falsch zu machen. „Ein riesiger Fehler“, so Snower, der übrigens in Wien geboren ist und dort auch seine Jugend verbrachte.

Auch die schnelle Erholung der Schwellenländer ist für den IfW-Präsidenten nicht gerade von Nachhaltigkeit geprägt. Außer Indien stützten die meisten Schwellenländer ihr Wachstum auf Exporte. Und diese Ausfuhren hingen am Wachstum der reichen Staaten, wo jedoch Konsum, Investitionen und Staatsausgaben nicht mehr so stark stiegen wie vor der Krise. „Früher oder später kommt das bei den Schwellenländern an.“

Tiroler Tageszeitung, Onlineausgabe vom Mi, 09.03.2011 15:46